

Kirchenamtliche Verlautbarungen, Stellungnahmen und Meldungen zum Thema Rüstungsexporte

„Rüstungsexport dient dem Profit Weniger, vor allem in den Industriegesellschaften, aber auch dem Profit der Machteliten der Südhalbkugel der Erde. Auf verantwortungslose Weise werden dadurch Konflikte verschärft und ihre Folgen verschlimmert, mit furchtbaren Folgen für viele unschuldige Menschen. Rüstungsexport steht einer eigenständigen Entwicklung der Länder der Südhalbkugel unserer Erde und einem Ausbrechen aus der Schuldenkrise im Wege.“

Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK), Stuttgart 1988

„Die Herstellung und Unterhaltung militärischer Anlagen und der Erwerb von Waffensystemen sind darüber hinaus sehr kostenintensiv und belasten die einzelnen Volkswirtschaften. Sie binden Mittel, die für dringlich wahrzunehmende gesellschaftliche und politische Aufgaben nicht mehr zur Verfügung stehen.“

Die deutschen Bischöfe (kath.), Gerechter Frieden, 2000

„Rüstungsexporte tragen zur Friedensgefährdung bei. In exportierenden Ländern stärken sie eigenständige wirtschaftliche Interessenlagen an Rüstungsproduktion. In den importierenden Ländern können Waffeneinfuhren Konflikte verschärfen“

„Von der Anhäufung und Verbreitung kleiner und leichter Waffen gehen nicht zu unterschätzende Bedrohungen für Frieden, Stabilität und nachhaltige Entwicklung aus. Die Verbreitung dieser Waffenkategorie weltweit ernsthaft und verbindlich zu bekämpfen, ist deshalb ein friedenspolitisches Ziel, das auch christliche Initiativen unterstützen“

EKD-Friedensdenkschrift, 2007

Mehrere Bischöfe aus dem Sudan, Uganda und Malawi, aus dem Irak und dem Libanon kritisierten in Gesprächen mit dem Bamberger Erzbischof Schick Anfang 2007, das „in den Nachbarschafts- und Bürgerkriegen in Asien und Afrika nach wie vor militärisches Material aus Europa zum Einsatz komme. Diese Waffen trügen zu Leid und Zerstörung bei und führten zu erheblichen Rückschlägen in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung“.

Forchheim online, 4. März 2007

„Unsere Aufgabe ist es, der tötenden Gewalt zuvorzukommen, nicht den Tod durch Waffengewalt herbeizuführen.“

Bischof Wolfgang Huber, Karfreitagspredigt 2009.

Meldung: Bischof Schick kritisiert Waffenlieferungen in seiner Osterpredigt 2011:

Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick fordert von Europäern und Amerikanern endlich ein Umdenken und verurteilt Waffenlieferungen in Krisengebiete scharf.

Schick, der als Vorsitzender der Kommission Weltkirche quasi eine Art "Außenminister" der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) ist, bemängelte angesichts der blutigen

Auseinandersetzungen in Libyen: "Wir haben keine Friedenspotenziale, sondern nur Waffenarsenale. Wir entwickeln keine Friedensinitiativen, sondern setzen auf Kriegsstrategien." Bei der Feier der Osternacht am Samstagabend im Bamberger Dom sagte der katholische Geistliche, dass es zwar richtig sei, die Waffenlager des libyschen Machthabers Muammar al-Gaddafi zu zerstören, aber falsch sei, den Gegnern Waffen zu liefern. In seiner Predigt unterstrich Schick den Gedanken des Friedens. "Wir dürfen die Osterbotschaft vom Frieden nicht vernachlässigen und das hohe Gut des Friedens verspielen, nicht in den Familien, nicht national, nicht europäisch und nicht international".

Meldung: Bischof Gebhard Fürst am 15. Juli 2011:

Geplante Waffenlieferungen nach Angola gefährden Frieden

„Waffen sind das Letzte, was ein Land braucht, in dem der überwiegende Teil der Bevölkerung in Elendsquartieren und in bitterer Armut lebt und in dem diesseits und jenseits der Grenze zum Kongo Hunderttausende ohne jede Perspektive in Flüchtlingslagern hausen“. Mit diesen Worten kritisiert Bischof Gebhard Fürst (Diözese Rottenburg-Stuttgart) die Pläne, Angola sechs bis acht bewaffnete Patrouillenschiffe zu verkaufen.

Bischof Fürst ist verständnislos gegenüber Waffenlieferung nach Angola

Kein Verständnis hat Bischof Fürst für die Absicht der Bundesregierung, das westafrikanische Angola mit Waffen zu beliefern. Beim Besuch von Bundeskanzlerin Merkel in der angolanischen Hauptstadt Luanda wurden Pläne bekannt, Angola sechs bis acht bewaffnete Patrouillenschiffe zu verkaufen.

Irritierend ist nach den Worten von Bischof Fürst besonders die Begründung, man wolle dazu beitragen, dass regionale Konflikte in Afrika durch regionale Truppen befriedet werden. Dies rede nicht der Befriedung das Wort, sondern der Verschärfung kriegerischer Spannungen mit den Nachbarstaaten.

Die Diözese Rottenburg-Stuttgart hatte im März 2011 gemeinsam mit der angolanischen Bischofskonferenz und der Caritas Angola einen internationalen Friedenskongress in Luana ausgerichtet. Darin hätten die einheimischen kirchlichen Partner deutlich gemacht, dass sich das Land nach 40 Jahren Krieg und Bürgerkrieg in einer sehr labilen Ruhe befinde und dringend einen Prozess der Befriedung und der Versöhnung benötige, sagte Bischof Fürst.

Dies sei nicht mit Waffen zu erreichen, sondern mit sozialer Gerechtigkeit, mit der Wahrung von Menschenrechten und mit einem funktionierenden Bildungs- und Gesundheitssystem, das auch den armen Bevölkerungsschichten zugute komme. Entwicklungspolitik müsse bedeuten, den Aufbau von Infrastrukturen zum Wohl der Menschen zu unterstützen und nicht die Investition in Kriegsgerät. „Waffen sind das Letzte, was ein Land braucht, in dem der überwiegende Teil der Bevölkerung in Elendsquartieren und in bitterer Armut lebt und in dem diesseits und jenseits der Grenze zum Kongo Hunderttausende ohne jede Perspektive in Flüchtlingslagern hausen“, sagte der Bischof. Es könne nicht sein, dass wirtschaftliche Interessen die humanitären und entwicklungspolitischen Prinzipien zur Makulatur machten.

epd Südwest aktuell Nr. 53 / 11.07.11:

Landeskirche will Rüstungsindustrie für zivile Produkte gewinnen
Stuttgart (epd). Die Evangelische Landeskirche in Württemberg startet eine Initiative zur Rüstungskonversion. Dazu will die Kirche Gespräche mit Firmen in Württemberg führen und diese beraten, wie sie von der Waffenproduktion auf die Herstellung ziviler Produkte umstellen können, kündigte Oberkirchenrat Ulrich Heckel am Wochenende in Stuttgart an. «Wir wollen das Thema Rüstungsindustrie und Rüstungsexporte angehen», sagte Heckel im Blick auf die aktuelle Debatte um den Export deutscher Panzer nach Saudi-Arabien. Heckel gab die geplante Initiative seiner Kirche bei einer Auswertungstagung zur «Internationalen ökumenischen Friedenskonvokation» bekannt. Eine 14-köpfige Delegation aus Württemberg war im Mai zur Konferenz des Weltkirchenrats nach Jamaika gereist. Von den rund 40 Teilnehmern der Tagung wurde der Vorstoß der Landeskirche begrüßt.

Heckel sagte, es gehe ihm um konkretes Umsteuern in der Wirtschaft und nicht um eine Fundamentaldiskussion. Er wies darauf hin, dass es durchaus Waffen gebe, die notwendig seien, zum Beispiel für die Polizei. Der Friedensbeauftragte der Landeskirche, Pfarrer Ulrich Schmitthenner, erinnerte an die vor zwei Jahren verabschiedete «Birkacher Erklärung» zur Ächtung von Waffenexporten. Der Theologe beklagte, dass die Landessynode sich mit der Erklärung noch nicht befasst habe. Auf der Tagung in Stuttgart bekräftigten die Teilnehmer, dass das Friedensthema mit der Konferenz in Jamaika mit rund 1.000 Teilnehmern aus aller Welt nicht abgeschlossen sei, sondern jetzt verstärkt in die Gemeinden getragen werden müsse. Dies sei bisher nicht im gewünschten Maße gelungen, hieß es. Die Tagung wurde veranstaltet in Kooperation mit dem Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung, dem Ökumenischen Netz Württemberg und dem Dienst für Mission, Ökumene und Entwicklung. (1364/10.07.2011)

Beschlussprotokoll der Landessynode der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland
zur 5. Tagung vom 17. bis 20. November 2010 im Kloster Drübeck: Beschlüsse zu TOP 13:
Anträge

13.6. Antrag des Synodalen Hotop – Unterbinden des Exportes von Kriegswaffen
Beschlussdrucksache DS 13.6/2 B

Die Landessynode hat am 20. November 2010 auf Antrag des Ausschusses für ökumenische, gesamtkirchliche und Öffentlichkeitsfragen bei 1 Gegenstimme und einigen Enthaltungen folgenden Beschluss gefasst:

1. Die Landessynode fordert die Bundesregierung auf, bei der Genehmigung von Kriegswaffenexporten aus deutscher Entwicklung und Produktion genauestens den EU-Verhaltenskodex zum Rüstungsexport vom Mai 1998 und den Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP des Rates der Europäischen Union zu befolgen.
2. Die Landessynode fordert die Bundesregierung auf, die in Deutschland geltenden Gesetze zum Export von Kriegswaffen weiter zu verschärfen und deren Einhaltung zu überwachen, so dass es in Zukunft ausgeschlossen ist, dass deutsche Kriegswaffen in den Kriegs- und Krisengebieten der Welt zum Einsatz kommen.

3. Die Landessynode fordert die Bundesregierung auf, den Prozess zur Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung von Kriegswaffen öffentlich und transparent zu gestalten und Ausfuhranträge über einem Finanzvolumen von 1 Mio. € dem Bundestag zur Entscheidung vorzulegen. Über alle Entscheidungen ist jährlich und öffentlich Bericht zu erstatten.

4. Die Landessynode fordert die Bundesregierung auf, den Export von Kriegswaffen schrittweise immer weiter einzuschränken, so dass innerhalb der nächsten 10 Jahre keinerlei Kriegswaffen mehr exportiert werden. Der Rüstungsindustrie soll in dieser Zeit Unterstützung zur Umstellung auf eine zivile Produktion gewährt werden.

5. Die Landessynode fordert die Bundesregierung auf, ihren internationalen Einfluss zu nutzen, um den Export von Kriegswaffen global immer weiter einzuschränken, mit dem Ziel, den Kriegswaffenexport insgesamt zu unterbinden.

Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass besonders verbrecherische Waffensysteme wie Anti-Personen-Minen und Streumunition international geächtet werden. Deutschland hat das Übereinkommen zur Nichtverwendung von Streumunition unterzeichnet und ratifiziert. Es ist am 1. August 2010 in Kraft getreten. Länder, die einen Beitritt zu Abkommen verweigern, die solche Waffensysteme verbieten, sollen immer wieder mit Nachdruck zum Beitritt zu diesen Abkommen aufgefordert werden.

6. Die Landessynode bittet die EKD-Synode und die Synoden der Landeskirchen, sich dem Anliegen dieses Antrags anzuschließen.

(Anmerkung: Der Beschluss wird Frau Eisenschmidt vom Rat der EKD übergeben.)